



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Innen- und Rechtsausschuss**  
- L 215 -

Kiel, 20. Mai 2015  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1141  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 988 610 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## ***Kurzb e r i c h t***

*über die*

*97. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 20. Mai 2015,  
im Sitzungszimmer 122 des Landtages*

Beginn: 13:10 Uhr

Der Ausschuss führte zunächst eine **mündliche Anhörung** der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände zum Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zur **Änderung des Landesplanungsgesetzes**, [Drucksache 18/2983](#) (neu), durch.

Er nahm einen **Bericht des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten zu den Ergebnissen des flüchtlingspolitischen Gesprächs vom 8. Mai 2015 im Kanzleramt sowie Informationen über die flüchtlingspolitischen Positionierungen der Landesregierung auf der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder und die Besprechung mit der Bundeskanzlerin am 18. Juni 2015** auf Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/4373](#), entgegen. Hieran schloss sich eine Aussprache an.

Der Ausschuss schloss außerdem seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zur **Änderung des Gesetzes über die Stiftung des Brandschutz-Ehrenzeichens**, [Drucksache 18/2581](#), ab. Der von der Fraktion der CDU vorgelegte Änderungsantrag, [Umdruck 18/4397](#), wurde bei Gegenstimme der PIRATEN mit den Stimmen der übrigen Fraktionen und des SSW angenommen. Einstimmig empfahl der Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU in der durch den Änderungsantrag geänderten Fassung.

Der Ausschuss schloss außerdem auch seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zur **Änderung des Landesplanungsgesetzes**, [Drucksache 18/2983](#) (neu), ab, nachdem der Antrag der Fraktion der FDP auf Durchführung einer mündlichen Anhörung zu dem Gesetzentwurf mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN abgelehnt worden war. Der Antrag der Fraktion der PIRATEN, den Wissenschaftlichen Dienst im Zusammenhang mit dem Thema um eine rechtliche Stellungnahme zu bitten, wurde zurückgestellt. In der anschließenden Abstimmung empfahl der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs in der [Drucksache 18/2983](#) (neu).



Die übrigen folgenden Punkte setzte der Ausschuss von der Tagesordnung ab:

- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Architekten- und Ingenieurkammergesetzes**  
Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 18/2929](#)
- **Gesetz zur Aufhebung der Gerichtsgebührenfreiheit der Religionsgesellschaften und Weltanschauungsgemeinschaften**  
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/2985](#)
- **Kommunalpaket des Bundes sachgerecht und schnell umsetzen**  
Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/2916](#)
- **Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte konsequent schützen**  
Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/2946](#)
- **Grenzübergreifende kulturelle Teilhabe: Minderheiten schützen, Geoblocking im öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen**  
Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/2948](#)
- **Generalangriff auf freie WLAN-Netzwerke und Filehoster stoppen: Verschärfung der Störerhaftung verhindern**  
Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/2963](#)
- **Entlastung von Bürgern, Mittelstand und Verwaltung bei Bürokratiekosten**  
Antrag der Fraktion der FDP, [Drucksache 18/2975](#)
- **Verfassungsschutzbericht 2014**  
Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/2936](#)
- **Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein - Tätigkeitsbericht 2015 - Berichtszeitraum 2013/2014**  
[Drucksache 18/2730](#)

<b>Terminplanung:</b>	
Freitag, 22. Mai 2015, ca. 15 Uhr (im Anschluss an die Plenartagung)	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses
Mittwoch, 10. Juni 2015, 12 bis 14 Uhr	Gemeinsame Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses  - Vorstellung der Konzepte Paralympische und Olympische Spiele in Deutschland 2024



Mittwoch, 10. Juni 2015, 14 Uhr	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses  (unter anderem Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes, des Informationsgesetzes und des Straßen- und Wegegesetzes, <a href="#">Drucksache 18/2582</a> )
---------------------------------	--

Schluss: 15:05 Uhr

gez. Dörte Schönfelder